

Aufruf an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ukrainische Orthodoxe Kirche (**UOK**) wird seit einigen Jahren von ultranationalen Gruppen in Politik und Gesellschaft der Ukraine verleumdet und unter Druck gesetzt... Seit Kriegsbeginn 2022 hat sich der Hass gegen die **UOK** verstärkt. Obwohl die **UOK** klar auf der Seite des ukrainischen Volkes steht und den Krieg Russlands gegen die Ukraine verurteilt, steht sie nun vor der unmittelbaren Gefahr, als Religionsgemeinschaft verboten zu werden. Und das, obwohl sie die mit Abstand größte christliche Kirche in der Ukraine mit einer mehr als tausendjährigen Geschichte ist.

Das Kiewer Höhlenkloster [Lawra], geistliches Zentrum der **UOK**, ist eines der ältesten Klöster der Kiewer Rus und Weltkulturerbe [obwohl das ursprüngliche Kloster von den deutschen Besatzern im Jahr 1941 gesprengt wurde]. Wie Sie aus den deutschen Nachrichten entnehmen konnten, werden seit März 2023 und verstärkt seit Juli 2023 die Mönche und Seminaristen und Pilger des Höhlenklosters von den ukrainischen Behörden systematisch schikaniert, mehrere Gebäude wurden bereits unrechtmäßig beschlagnahmt. Erklärtes Ziel der Nationalen Denkmalbehörde ist die vollkommene Vertreibung der **UOK** aus dem Kloster...

Am 19.10.2023 passierte der immer wieder abgelehnte Gesetzentwurf Nr. 8371 zum *Verbot religiöser Gemeinschaften, die mit dem Aggressor verbunden sind* in erster Lesung das Parlament der Ukraine... Dieses Gesetz, das die Ukrainische Orthodoxe Kirche zwar nicht namentlich nennt, aber eindeutig und erklärtermaßen auf sie abzielt, steht im Widerspruch zur verfassungsrechtlich garantierten Religionsfreiheit sowie zu europäischem Recht...

Am 06.07.2023 erschienen auf dem Territorium des Kiewer Höhlenklosters Mitarbeiter der Nationalen Denkmalbehörde mit großem Polizeiaufgebot, verschafften sich gewaltsam Zugang zur Residenz des Metropoliten von Kiew und zu weiteren Gebäuden...und riegelten sie ab. Derweil hielt die Polizei die Besucher des Klosters davon ab das Gelände zu betreten. Der Protest der herbeigeeilten Gläubigen wurde gewaltsam unterbunden.

Am 10.08. 2023 informierte die Verwaltung des staatlichen Lawra-Museums die Bruderschaft des Klosters schriftlich darüber, dass bereits ab dem 11.08.2023 das Gebiet der Unteren Lawra, also das von der **UOK** genutzte Gebiet, für Besucher gesperrt werde. Darüber hinaus wurde angekündigt, den Zugang zum Territorium für Priester und Mönche des Klosters täglich nur von 9.00 bis 18.00 und nur durch den Haupteingang zu gestatten.

Seitdem werden diese Ansagen mit Polizeigewalt durchgesetzt. Pilger und Gläubige, die sich am 11.08.2023 noch auf dem Gebiet der Lawra aufhielten, wurden gezwungen das Kloster zu verlassen ohne die Möglichkeit zu haben persönliche Gegenstände mitzunehmen. Diejenigen, die dieser Anordnung nicht Folge leisteten, wurden in den Gebäuden eingesperrt. Die Polizei untersagte die Übergabe von Wasser und Lebensmittel an diese Menschen. Tatsächlich wird seither nicht nur Besuchern und Pilgern, sondern auch Dozenten, Studenten und Mitarbeitern der Zugang zum Territorium des Klosters und damit ihrer Hochschule verwehrt...

Diese unrechtmäßigen Aktionen kamen mit Ankündigung: Am 10.03.2023 waren die Mönche des Höhlenklosters in einem Schreiben der Museumsverwaltung über die einseitige Annullierung des Vertrags zur Nutzung der Unteren Lawra informiert worden. Dabei wurden sie aufgefordert, das Höhlenkloster bis zum 29.03 2023 komplett zu räumen. Die Mönche folgten dieser Aufforderung nicht, sondern reichten mehrere Klagen dagegen ein. Die derzeit mit Gewalt durchgeführten Räumungen geschehen somit trotz laufender

Prozesse gegen das Vorgehen der Denkmalbehörde... Das Höhlenkloster war nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft von der **UOK** mit eigenen Mitteln wieder aufgebaut worden und beherbergt neben dem Kloster mit rund 200 Mönchen den Hauptsitz des Metropoliten von Kiew und der ganzen Ukraine, die Kirchenverwaltung und die berühmte Kiewer Geistliche Akademie mit 300 zum Teil dort lebenden Seminaristen, Studenten und Dozenten. Das Erbe des Kommunismus, unter dessen religionsfeindlicher Herrschaft das Kloster zweimal geschlossen und der gesamte Kirchenbesitz beschlagnahmt worden war, wirkt bis heute nach, denn das historische geistliche Zentrum der **UOK** wurde vom Staat nie der Kirche zurück gegeben sondern nur zur Nutzung überlassen.

Die systematischen Provokationen, Schikanen und Enteignungen der **UOK**, die seit 2014 im ganzen Land zunehmen und jedes Recht ignorieren, haben nun einen traurigen Höhepunkt erreicht. Nicht nur wurden in diesem Zeitraum schon mehr als 800 Kirchen gewaltsam enteignet, versiegelt oder der 2018 von der nationalistischen Regierung ins Leben gerufenen *Orthodoxen Kirche der Ukraine* (OKU) übergeben. Der Druck auf die Geistlichen und Gläubigen der Kirche, in diese neue Struktur überzutreten oder aber ihre Heimat zu verlassen, nimmt mit jedem Tag zu. Vertreibung, Misshandlung und schließlich das imminente gesetzliche Verbot der UOK sind bereits traurige Realität.

Der Westen schaut dabei seit geraumer Zeit tatenlos zu wie die freiheitlichen demokratischen Werte durch den ukrainischen Staat, der angeblich diese westlichen Werte gegen den russischen Autoritarismus verteidigt, mit Füßen getreten werden. Politik, Kirchen und Medien hierzulande haben offenbar wenig dazu zu sagen, wenn Menschen aufgrund ihrer Kultur und ihres Bekenntnisses benachteiligt, verleumdet, misshandelt und entrechtet werden. Sie empören sich nicht, wenn ukrainische Demonstranten auf Straßen und Plätzen *Tod den Russenschweinen* und den *Bandera-Gruß Slawa Ukraine* skandieren. Darf der Westen, darf Deutschland (das laut Finanzminister Lindner 22 Milliarden in die Ukraine-Hilfe investiert hat, militärisch 12 Milliarden) nicht auf Einhaltung der Grundprinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und von Religionsfreiheit bestehen?

In vielen Kirchengemeinden in Deutschland beten Ukrainer und Russen gemeinsam und verstehen sich als eine Kirche. Die aktuellen Vorgänge in der Ukraine erfüllen uns Bischöfe und unsere Gläubigen mit Entsetzen. Wir können es nicht mit ansehen, wenn der Ukrainekrieg, der als eskalierter Interessenkonflikt der Machthabenden letztlich auf beiden Seiten gegen das eigene Volk und zum Leidwesen aller geführt wird, Hass und Verachtung zwischen zwei Völkern sät, die historisch einst als Brüder verbunden waren, und wenn jetzt die Träger des gemeinsamen Kulturerbes, nämlich insbesondere die Gläubigen und Geistlichen der **UOK** zum Sündenbock des Landes und zu Volksfeinden erklärt werden.

Wenn wir in Deutschland uns nicht gegen dieses Unrecht erheben, das ohne unsere Unterstützung nicht möglich wäre, dann färbt das auf uns selbst ab.

Wir rufen Sie darum als Bundestagsabgeordnete dazu auf, nicht nur gegen den brutalen Krieg in Europa, sondern auch gegen eine fehlgeleitete nationalistische Politik der ukrainischen Regierung einzutreten. Unser schweres historisches Erbe verpflichtet uns Deutsche insbesondere dazu.

Metropolit Mark von Berlin und Deutschland , Bischof Hiob von Stuttgart (ROKA)
München, den 21. November 2023

**P.S.: Am 20.08.2024 hat das Parlament in Kiew in zweiter Lesung
die Ukrainische Orthodoxe Kirche v e r b o t e n .**